



Regierungsratsbeschluss vom 13. August 2019

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD; Neue Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz; Vernehmlassung

P190597

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Finanzdepartement zur Ausfertigung und Weiterleitung.

Begründung

Das Eidgenössische Finanzdepartement führt ein Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz durch. Mit der Verordnung sollen zum einen die Rolle und die Kompetenzen der FINMA bei der Regulierung und der Setzung von internationalen Standards präzisiert werden. Zum anderen sollen Aufgabenteilung und Zusammenarbeit zwischen FINMA und dem Eidgenössischen Finanzdepartement geregelt werden. Der Regierungsrat Basel-Stadt kann die Bestrebungen, die Regulierungsrolle der FINMA und ihre Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement zu präzisieren, nachvollziehen. Dem Regierungsrat ist wichtig, dass die Unabhängigkeit der FINMA nicht infrage gestellt wird. Die Unabhängigkeit der Aufsicht ermöglicht eine langfristige und nachhaltige Entwicklung des Finanzmarktes und ist damit für das Ansehen des Finanzplatzes essentiell. Ebenso darf die Verordnung nicht zu einer unnötigen Bürokratisierung der Prozesse führen.

